

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Kersch, Dresden und Schö. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Litke

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 44. Woche vom 27. Oktober bis 31. Dezember 8 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 1 1/2 Milliarden M., Einzelnummer 1 1/2 Milliarden M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 100 M., die 90 mm breite Mellemzeile 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schließzahl: 18 000 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 M.

Nr. 255

Dresden, Donnerstag den 1. November 1923

34. Jahrg.

Die neue sozialistische Landesregierung

In einer Resolution des Landtags ist mit Hilfe der demokratischen Partei Genosse Jellisch zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Er wird ein rein sozialistisches Kabinett zusammenstellen. Heute wird, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten, der Zivilkommissar dem Genossen Jellisch die Geschäfte übergeben. Die Regierungskoalition zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten ist durch die Bildung dieser Regierung gelöst. Es wird kaum jemand in der Sozialdemokratie geben, der die Lösung der Krise mit Freude begrüßen würde. Wir haben immer wieder betont, wie sehr wir ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten wünschen. Ist es doch geradezu ein Tabu, daß in dieser Zeit, wo das Proletariat von der Reaktion so stark bedroht ist, die Arbeiterklasse sich in Bruderkämpfen zerfleischt, statt gemeinsam zu arbeiten.

Die neue Regierungsbildung hat sich vollzogen in dem Augenblick, in dem der sächsische Arbeiterkampf die größte Gewalt angetan war. Auch weite bürgerliche Kreise erkennen an, daß der Streik, den man gegen Sachsen geführt hat, ungeheuerlich ist. Daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder in Berlin die Art und Weise des Vorgehens gegen Sachsen nicht billigen, haben wir schon mitgeteilt. Selbst wenn die scharfe Form des Vorgehens gegen die Regierung Zeigner von dem Reichskanzler nicht gebilligt werden sollte, was noch übrig bliebe, daß man der Sozialdemokratie ein so kurzfristiges Ultimatum stellte, daß man sie einfach ihres Amtes entsetzt, ist immer noch ein Schritt auf die Gerechtigkeit, zumal da die Reichsregierung bisher noch nicht gewagt hat, in Bayern reinen Tisch zu machen. Wenn in Deutschland eine Reichsregierung notwendig war, so sicher nicht gegen Sachsen, sondern vor allen Dingen gegen Bayern.

Wegen des scheinbaren Unrechts, das man Sachsen angetan hat, hat sich die Arbeiterklasse empört aufgebäumt. Sie hat zu dem Mittel gegriffen, das ihr in erster Reihe zum Widerstand zur Verfügung steht, zu einem Streikgeneralstreik. Bei den großen Gefahren der gegenwärtigen Lage müßte aber ohne Leidenschaft die Frage gerührt werden, wie es möglich wäre, den jetzt nun einmal bestehenden Zuständen ein Ende zu machen und den Reichskommissar so bald als möglich zu beseitigen. Es war zu befürchten, daß dann, wenn die Herrschaft des Reichskommissars und seiner Leute längere Zeit anhält, in wenigen Tagen vieles niedergedrückt wurde, was in jahrelanger Arbeit von den sozialistischen Regierungen Sachsens aufgebaut wurde. Die Gesetzgebungsgewalt der Einzelstaaten ist durch die Reichsverfassung und die Reichsgesetze aufs engste beschränkt. Um so wichtiger ist es daher, daß wir Einfluss auf die Verwaltung besitzten, damit die Gesetzgebung möglichst im Interesse der Arbeiterklasse gehandhabt werden. Es war deshalb das Bestreben unserer Regierung, durch die Demokratisierung der Verwaltung dafür zu sorgen, daß die Interessen der breiten Massen gewahrt wurden.

Aber die Leute des Reichskommissars haben sofort mit einem Abbau der Demokratisierung der Verwaltung begonnen. So sind z. B. der Ministerialdirektor Lempe und der Oberregierungsrat Günther beurlaubt worden. Der Genosse Winter, den der Ministerpräsident Zeigner in das sächsische Auswärtige Amt berufen hatte, wurde freistellt entlassen. Ferner wurde beurlaubt Genosse Jolles von der Staatszeitung. Dem Oberregierungsrat Genossen Meißner in der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei ist der frühere Leiter der Nachrichtenstelle, der jetzige Oberstudienrat Böhm, auf die Nase gesetzt worden, und wie wir hören, waren auch bereits Verhandlungen über die Neubefetzung des Dresdner Polizeipräsidenten im Gange.

Daß es nicht möglich war, bei den jetzigen Machtverhältnissen durch außerparlamentarische Aktionen in Sachsen den Zivilkommissar zu beseitigen, ist wohl ohne weiteres klar. Die Arbeiterklasse außerhalb Sachsens wäre sicher bereit gewesen, uns weitgehend zu unterstützen. Aber auch der Erfolg eines Generalstreiks, der sich über ganz Deutschland ausgedehnt hätte, wäre gerade jetzt zweifelhaft gewesen. Wir haben in Deutschland einen freigewählten Generalstreik gehabt, und zwar beim K a p - P u t s c h. Hier war aber eine Einheitsfront aller Beamten, Arbeiter und Angestellten vorhanden, während wir jetzt nicht auf die Beteiligung derjenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter rechnen könnten, die nicht den freien Gewerkschaften, der K f a und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angehören. Eine Beteiligung der Beamten am Generalstreik hätte wahrscheinlich nur dazu geführt, daß man der Reaktion in der Verwaltung den Vorwand geliefert hätte, bei dem bevorstehenden Beamtenabbau in erster Reihe die sozialdemokratischen Beamten aus der Verwaltung zu beseitigen. Bei der schlechten Konjunktur hätte ein Generalstreik auch keine Schädigung der Unternehmer bedeutet, im Gegenteil, von vielen wäre es sehr angenehm empfunden worden, wenn sie ein paar Tage lang hätten keine Löhne zu zahlen brauchen.

So sehr das empörende Vorgehen gegen Sachsen die Anwendung der stärksten Mittel des Proletariats gerechtfertigt hätte, mußte doch eine Lubendorff-Politik vermieden werden. Die Arbeiterklasse durfte nicht in einen Kampf hineingetrieben werden, bei dem der erhoffte Erfolg kaum zu erwarten war, dessen Ausgang aber wahrscheinlich für Millionen von Arbeitern schwere Not und jähreslanges Elend gebracht hätte. Deshalb war die Fraktion überzeugt, daß kein anderer Weg zur Beseitigung des Zivilkommissars blieb als der, den sie eingeschlagen hat.

Die Landtagsfraktion hat sich um so eher entschlossen, der Bildung einer neuen sozialdemokratischen Regierung ohne Unterstützung der Kommunisten zuzustimmen, als die Vorgänge der letzten Zeit doch gezeigt haben, daß leider heute auf die Dauer ein gemeinsames Arbeiten mit den Kommunisten in der Regierung noch nicht möglich ist. Wir können mit den Kommunisten natürlich nur zusammen regieren, wenn sie unbeschadet ihrer theoretischen Anschauungen bereit sind, sich streng an die Verfassung und an die Gesetze zu halten, und wenn sie sich über alle wichtigen Fragen mit uns verständigen. Darauf, daß die Kommunisten durch die Ausgabe des bekannten Flugblattes die S. S. D. hintergangen haben, ist bereits hingewiesen. Leider scheint bei den Kommunisten noch der Mügel eines allzu starken Einflusses zu bestehen, der auf den Putschismus nicht endgültig verzichten will. Vieles, was in der bürgerlichen Presse behauptet wird, ist zweifellos entstellend und aufschreiend. Bei der Lügebegeisterung gegen Sachsen haben wir ja gesehen, was die bürgerliche Presse in dieser Beziehung zu leisten vermag. Meldungen, die wir an anderer Stelle dieses Blattes bringen, zeigen, daß die Kommunisten von putschistischen Neigungen noch nicht losen können. Kommunistische Putsch- und Verschwörungspläne kann die Sozialdemokratie unter keinen Umständen dulden, und es bleibt ihr nichts anderes übrig, als von den Kommunisten abzurufen, wenn derartige Dinge nicht unterbleiben.

Dem neuen Kabinett werden neben dem Genossen Jellisch die Genossen Niebmann, Graupe, Meißner, Krüger, Heßler und Neu angehören, hingegen nicht der bisherige Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner. Das Ausscheiden des Genossen Zeigner wird vom sächsischen Proletariat auf tiefste Bedauern werden. Genosse Zeigner hat in den Jahren, in denen er als Justizminister und Ministerpräsident für das Proletariat gewirkt hat, der sächsischen Arbeiterklasse überaus wertvolle Dienste geleistet. Gerade deswegen aber war er den Bürgerlichen so sehr verhaßt. Mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung ist gegen ihn gearbeitet worden und seine Anschauungen und Absichten sind verzerrt worden. Ein Teil der bürgerlichen Presse hat es so dargestellt, als ob Zeigner im Grunde genommen ein Kommunist wäre. Man ging so weit, vom Zeigner-Kommunismus in Sachsen zu sprechen. Dabei stand gerade Zeigner entschieden auf dem Boden der Verfassung und auf dem Boden der Demokratie und seinen Kampf gegen die Verbindung der rechtsradikalen Verschwörerorganisationen mit der Reichswehr hat er geführt, weil er die daraus erwachsenden Gefahren für die deutsche Republik bekämpfen wollte. Zeigner wird auch weiterhin seine Kräfte dem Proletariat zur Verfügung stellen. Wir hoffen, daß es ihm vergönnt sein wird, auch in Zukunft der Sache des Sozialismus in Deutschland mit gutem Erfolg zu dienen.

Unter dem Druck besonders schwieriger Verhältnisse ist zunächst der Versuch einer gemeinsamen Arbeit mit den Kommunisten in der Regierung mißlungen. Gäßen wir in Deutschland einigermaßen ruhige Verhältnisse, so wäre es vielleicht trotz allen Gegensätzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten gelungen, die gemeinsame Regierung aufrechtzuerhalten. Es fehlte aber die Zeit zum Ausreifen. So ist der von der deutschen Arbeiterklasse mit großer Freude begrüßte Versuch gescheitert. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir die Hoffnung, eine Einheitsfront des Proletariats in Deutschland herzustellen, wieder aufgeben müssen. Wir sind überzeugt, daß auch viele kommunistische Arbeiter das Verbot ihrer Führer nicht billigen werden. Sie werden gut tun, mit ihren Führern ein recht deutsches Wort zu reden.

Es ist wirklich an der Zeit, daß auch diejenigen Proletarier, die der kommunistischen Partei angehören, sich recht bald darüber klar werden, daß es notwendig ist, auf alle Putsch- und Verschwörungspläne in Deutschland zu verzichten und damit eine Grundlage für ein dauerndes Zusammenarbeiten aller sozialistischen Proletarier Deutschlands zu schaffen. Dann werden wir auch Schritt für Schritt vorwärtskommen auf dem Wege zum Sozialismus.

Landtagsführung heute abend

Für heute Donnerstag, abends 8 Uhr, ist eine Landtagsführung vom Präsidenten Winter einberufen worden mit der Tagesordnung: Vereidigung des Ministerpräsidenten und Regierungserklärung.

Das neue sächsische Ministerium

Die neue Regierung wird sich folgendermaßen zusammensetzen:

Präsident: Jellisch,
Inneres: Niebmann,
Wirtschaft: Krüger,
Arbeit: Graupe,
Finanzen: Heßler,
Justiz: Neu,
Selbstverwaltung: Meißner.

Der Amtsantritt der neuen Regierung

Heute abend nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten Jellisch im Landtag und der sofort danach erfolgten Vereidigung der Minister wird die neue Regierung ihr Amt antreten. Der Reichskommissar Dr. Heinge wird nach der Konstituierung der Regierung seine Funktion sofort einstellen.

Die militärische Besetzung hat die Ministerialgebäude verlassen.

Die Beschlußfassung der Landesinstanzen der S. S. P. D. über die Regierungsbildung in Sachsen

Am Dienstag den 30. Oktober 1923 berieten Landesparlamentarischer Ausschuss und Bezirksvorstände der S. S. P. D. in Sachsen über die Lage, die durch die Absetzung des Kabinetts Zeigner gegeben war.

Die Landtagsfraktion beschloß, daß bei der Entscheidung über die Regierungsbildung die Fraktion allein die letzte Entscheidung haben solle. Sie sah nach längerer Beratung, an der sich wiederholt die Genossen Weiss und Dittmann als Delegierte des Parteivorstandes beteiligten, mit 22 gegen 6 Stimmen den Beschluß, eine sozialdemokratische Ministerregierung mit Unterstützung der Demokraten zu bilden.

Die Landesinstanzen dagegen lehnten diese Bindung mit den Demokraten mit 15 gegen 7 Stimmen (darunter 3 Vertreter des Gemeindefachausschusses) ab. Gegenüber der Auffassung der Landtagsfraktion erklärten die Landesinstanzen, daß nach § 8 des Landesstatuts:

Der Arbeitsausschuss hat bei allen wichtigen Landesvorgängen mindestens aber in jedem Vertretungsorgan eine gemeinschaftliche Sitzung der engsten Bezirksvorstände — Landesinstanz — einzuberufen, an der jeder derselben mit vier stimmberechtigten Vertretern einschließlich dem Bezirkssekretär und der Vorstand der Volkstammesfraktion mit einem Vertreter teilnimmt, dem Landesparlamentarischer Ausschuss zusammen mit den Bezirksvorständen die endgültige Entscheidung zuzuführen über „alle wichtigen landespolitischen Vorgänge“, zu denen zweifellos die Regierungsbildung und die Entscheidung über die durch die Reichsmaßnahmen geschaffene Lage gehören.

Da die Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrte, machten sich die Landesinstanzen schließlich, einen Landesparlamentarischer Ausschuss der S. S. P. D. Sachsens.

Das Verbrechen am sächsischen Volke

Unter diesem Titel macht der Sozialdemokratische Parlamentsdienst die folgenden Anschuldigungen, die wir ohne Zusatzbemerkung wiedergeben:

Die verbrecherische Militärherrschaft in Dresden hat selbst einen Teil derjenigen zum Protest herausgefordert, die für eine Reichsregierung gegen die Regierung Zeigner wochenlang eingetreten sind. Auch der Reichskanzler Stresemann tut plötzlich entsetzt und ist ungehalten über die Art des Vorgehens der Reichswehr in Dresden. Er weist es weit von sich, mit dem am Montag in Dresden vollzogenen militärischen Akt gegen die sächsische Regierung auch nur irgendwie einverstanden gewesen zu sein und verurteilt, durch amtliche Darstellungen die Privatberichte abzuschwächen. Das mag ihm bei diesem oder jenem Punkt, der zu entschiedenem Protest herausforderte, gelingen, insgesamt aber bleibt die Tatsache bestehen, daß von der Schutztruppe des Reiches in Dresden ein Verbrechen am Volke unter Mißbrauch der Duldung machgebender Stellen der Reichsregierung vollzogen wurde.

Zweifellos liegt der Anlaß hierzu nicht ausschließlich bei der Reichsregierung. Auch in Dresden sind große Fehler gemacht worden, die Herrn Stresemann dennoch kein Recht geben, gegen die Verantwortlichen einer Regierung in einer Art vorzugehen, die im allgemeinen nur Anwendung bei der Verhaftung von Verbrechern findet. Gerade er hat doch wirklich genügend Anlaß, nicht mit Steinen auf andre Politiker zu werfen. Auch Dr. Stresemann hat seine Fehler und er selbst dürfte nicht bestreiten wollen, daß während seiner Regentenschaft Fehler gemacht worden sind, die unserm Volke gerade keinen Nutzen, sondern eher das Gegenteil gebracht haben. Uns scheint überhaupt, daß der Reichskanzler vom 15. August ein anderer ist als der Kanzler von heute. Der Chef des Kabinetts von damals besaß zweifellos den guten Willen, durch außenpolitische Aktivität den drohenden Zusammenbruch zu vermeiden zu suchen und mit Hilfe einer starken Politik im Innern die Außenpolitik zu fördern. Vielleicht ist dieser Wille auch heute noch vorhanden, aber er wird zur Zeit jedenfalls eingedämmt durch die vielfachen Bestrebungen, die sich in der Reichsregierung zu fördern, und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Herr Stresemann das Opfer der gleichen Strafe werden soll die damals den Reichs-

Seite 8
ft und nur
werden sehr
mehr schlecht
folgenden Re-
bormetere
Reprodukt-
Nachahmers
es zu bieten
n quantita-
t von einer
er weit mehr
Begabungen
wird.
Erzählung
Krebs, ein
auch in
in die Nach-
sie mag —
leben, welche
im erstmalig
er sichtbar
wie bisher
e Gebiet des
ständig den
nen Film-
den dem Sta-
dann während
und Schan-
schaften wie
e Sturm des
es Theaters
unvergleichlich
Produktion,
nach erst-
wertvoller
Sie muß
ug
Kritik, die
zum großen
den, ist von
darüber in
sach. Gefen-
gruppe zur
unbekannte
phische Ein-
mit dem er-
en Maschine
meter lange
schreier
n, von allen
den Wetzler-
sticht sich
meisterhaft
am Himmel,
a durchläuft
a die Inszen-
tion wird höher.
Spitzbergen
iere, schone,
schraubt sich
Hochgebirge
der Childe-
film gemacht
nen Geologie
mochst. An
latras, auf
den können.
langer, nach
Verdacht,
ms nun auf
über den f
umherte von
essen Inland-
erzieht. Von
er hohen Eis-
den wir das
fläche zu be-
rufen und zur
dos sich wie
h Weiden er-
Vorlandes in
ge Wetzler-
enden. Drei
wie jetzt zu
die Wetzler-
sticht über dem
1600 Meter
in eleganten
hat meine
Spitzbergen
an, photogra-
unbekannten
Verwendung
ung nach dem
er Motor ar-
er Anordnung
eine Rettung
die Eroberung
er. Wird so
sch sein wich-
tismittel für
u zu können.
f. A. B. einen
den Wetter-
groher Ge-
ff.
Wissenschaft
sch gleichzeit
f, fowern
el, Leipzig.
oben